Seite 6.qxp_Layout 1 20.02.20 13:20 Seite 1

Mehr Stellen für die Schulsozialarbeit

10 Millionen Euro Zuschlag und bis zu 180 Neueinstellungen werden dank Rot-Rot-Grün möglich

Zu den wesentlichen Projekten des Landeshaushaltes 2020 im Bildungsbereich zählt für die Fraktionen von Rot-Rot-Grün der Ausbau der Schulsozialarbeit.
Für 2020 gibt es eine kräftige Anhebung: von 12,2 Millionen Euro auf 22,5 Millionen Euro. Damit hat künftig jede zweite statt nur jeder vierten Schule Sozialarbeiterinnen- und Arbeitern
Bis zu 180 Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter könnte es an den Thüringer Schulen in diesem Jahr mehr geben.
Jetzt sind die Jugendhilfeausschüsse in den Kommune Kreisen gefragt, schnell zu handeln, denn das Verfahren ist kompliziert und langwierig. Es müssen Träger gesucht werden. Dann erst können die Ausschreibungen erfolgen.
Entscheidend Vorrausetzung ist, dass der Landtag mit dem Haushalt 2020 nicht nur das Geld zur Verfügung gestellt, sondern auch gesetzliche Weichen gestellt hat, um eine gute Qualität der Schulsozialarbeit zu unterstützen. Dazu erhielt die Schulsozialarbeit bei der Novelle des Schulgesetzes erstmals einen Paragrafen, der ihre Aufgaben und die Verankerung der Schulsozialarbeiter in den Teams an den Schulen regelt. Bis jetzt hat nicht jede Schule Sozialarbeiter. Meist beschränkt sich das auf so genannte „Brennpunktschulen".

FOTO: PIXABAY

Thüringer Schullkinder dürfen auf mehr Unterstützung hoffen.

Im Januar 2020 wurde auf Vorschlag der Fraktionen von Rot-Rot-Grün die gesetzliche Fixierung des Umfangs der Schulsozialarbeit in Thüringen im Landtag beraten. Durch eine Neufassung des Kinder- und Jugendhilfe-Gesetzes soll diese so von jährlichen Haushaltsbewilligungen unabhängig gemacht werden. Bei der Überweisung in den Ausschuss wurde deutlich, dass auch FDP und CDU das Anliegen grundsätzlich positiv sehen, so dass eine Mehrheit bei dem bereits für März erwarteten Beschluss über diesen Vorschlag realistisch ist. Die gesetzliche Fixierung würde es selbst den ängstlichsten Kommunen nachdrücklich erlauben, Arbeitsverträge mit Sozialpädagogen, die in diesem wichtigen Bereich arbeiten, unbefristet zu gestalten. Dies ist ein unbedingtes Erfordernis, wenn man gute und engagierte Arbeit erwartet. Stadt- und Kreisräte so ihre Angebote zu Gunsten der in der Sozialarbeit Beschäftigten und vor allem der Schülerinnen und Schüler kräftig ausbauen.

Dr. Steffen Kachel

Kommunalpolitik der Mitte?

LINKE-Stadtrat Marco Modrow will Paradigmenwechsel beim Umgang mit städtischen Immobilien

FOTO: KATJA SEILER

Das Wohnheim ??? ist eines der betroffen Gebäude ...

Die Stadtverwaltung Weimar hat im zweiten Anlauf mit den Stimmen von CDU, Weimarwerk und SPD den Haushalt 2020 beschlossen. Darin sind 5,8 Millionen Euro Einnahmen durch Veräußerung von Grundvermögen (Immobilien und Grundstücke) eingeplant. Damit werden Weichen gestellt, die die Linksfraktion im Weimarer Stadtrat kategorisch ablehnt. Die Befürworter des Haushaltes sprechen dagegen von einer „vernünftigen Kommunalpolitik der Mitte".
DIE LINKE im Weimarer Stadtrat verweigert einem Haushalt, dem der Verkauf städtischen Grundvermögens zu Grunde liegt die Zustimmung. Grundvermögen im Besitz der Städte und Gemeinden ist ein unverzichtbarer Garant für zukunftsorientierte und langfristige Einnahmemöglichkeiten sowie ein wichtiges Steuerungsmittel am Immobilienmarkt. Entscheidend für die Ablehnung war u. a. die Einnahmeposition von 2,4 Millionen Euro für den Verkauf des Wohnheims für Sinnesbehinderte, für dessen künftige Nutzung die Stadt selbst ein Konzept, beispielsweise für studentisches Wohnen oder die Einrichtung eines kommunalen Pflegeheims, entwickeln sollte.
Hier ist dringend ein Paradigmenwechsel seitens der Stadtverwaltung Weimar sowie anderer „immobilienveräußerungsaffiner" Mandatsträger nötig.

Impressum
DIE THÜRINGENGESTALTER
Kommunalpolitisches Forum Thüringen e.V.
V.i.S.d.P.: Markus Gleichmann
Landesgeschäftsstelle
Trommsdorffstraße 4
99084 Erfurt
Telefon: 0361 54128389